

---

## **Gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur: Ein anderes Wirtschaftssystem ist nötig!**

Es wird eine AG gegründet, die den Antrag der BUNDjugend und die Änderungen vom Landesverband Thüringen als Basispapier für ein Positionspapier weiterentwickelt.

Die AG soll innerhalb von 6 Monaten dieses Thesenpapier entwickeln, das dann zur endgültigen Abstimmung in den Verbandsrat eingereicht wird.

Berlin, 6. November 2021

---

### Anhang:

#### **A06 Gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur: Ein anderes Wirtschaftssystem ist nötig!**

Antragstellende: Bundjugend

Unser auf Wachstum, Globalisierung und Profitmaximierung ausgerichtetes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem treibt den Raubbau an der Natur, die Ausbeutung von Menschen im Globalen Süden, den Klimawandel und Biodiversitätsverlust unwiderruflich voran[1]. Nicht nur die Umwelt, sondern auch unser Gesellschaftssystem gerät in dieser Konkurrenzwirtschaft zunehmend aus dem Gleichgewicht. Während es einigen wenigen gelingt, den Einfluss auf Produktion und ihr Vermögen kontinuierlich auszubauen, geraten insbesondere marginalisierte Bevölkerungsgruppen immer mehr ins Hintertreffen. Politische Antworten, die auf ein „Weiter so“ setzen und die Krisen unserer Zeit allein den Märkten und technischen Innovationen überlassen, können wir nicht akzeptieren. Wir fordern einen demokratischen Systemwandel, der das Wohl Aller vor den Profit Einzelner stellt und gesellschaftlichen Wohlstand abseits von Konsum und Wachstum neu definiert [2].

Der BUND ist spätestens seit Erscheinen des ersten „Zukunftsfähigen Deutschland“[3] Vorreiter im Diskurs um eine sozial gerechte und nachhaltige Postwachstumsgesellschaft. Eine umfassende Analyse, wer oder was unsere Bestrebungen hemmt, blieb bisher jedoch aus. Statt uns allein auf die Symptome des kapitalistischen Wachstumszwangs zu konzentrieren, müssen wir Ursachen, globale Verflechtungen und blockierende Akteure verstärkt in den Blick nehmen. Unsere Arbeit im Bereich Natur- und Umweltschutz ergänzen und verzahnen wir dazu mit folgenden Themen und Forderungen:

#### **Reichtum umverteilen – Die Transformation finanzieren**

Die 45 reichsten Haushalte besitzen mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung Deutschlands[4] und sind mit ihrem Luxuskonsum für einen Großteil der Emissionen verantwortlich[5]. Die Auswirkungen ihres Handelns bekommen indes vor allem untere Einkommensgruppen[6] und Menschen im Globalen Süden zu spüren. Das ist sozial ungerecht! Um den enormen Investitionsbedarf für den sozial-ökologischen Umbau zu stemmen, müssen insbesondere vermögende Einzelpersonen und finanzstarke Unternehmen stärker in die Verantwortung genommen werden.

Forderung: der BUND fordert eine sozial-ökologische Steuerreform mit Umverteilungsmechanismus, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die effektive Besteuerung großer Erbschaften. Steuerbetrug muss entschieden bekämpft werden.

### **Gutes Leben für alle – Gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge statt Privatisierung**

Die Privatisierung öffentlicher Leistungen (z.B. im Gesundheits-, Immobilien-, Bildungs- und Energiesektor) führt dazu, dass diese sich nicht länger an den Bedürfnissen von Mensch und Natur, sondern an Kriterien der Gewinnmaximierung orientieren. Das schließt Personen mit niedrigem Einkommen aus und macht „das gute Leben“ zum Luxusgut.

Forderung: Als BUND setzen wir uns von der Ortsgruppen- bis zur Bundesebene für demokratische Alternativen in Bürger\*innenhand (z.B. Bürger\*innenenergie, SoLaWis, Wohnungsgenossenschaften) ein, die faire Teilhabe und Mitbestimmung ermöglichen. Initiativen, die sich für die Rekommunalisierung öffentlicher Leistungen einsetzen, unterstützen wir ausdrücklich. Wir fordern, dass sich Subventionen allein am Beitrag zu Gemeinwohl und starker Nachhaltigkeit orientieren. Solidarische Projekte, die auf Werten des Teilens und der gemeinsamen Erzeugung und Nutzung von Gütern („Commoning“) beruhen, müssen als Orte gelebter Postwachstumsvisionen spezielle Förderung genießen.

### **Nachhaltige Finanzmärkte**

Das aktuelle, auf kurzfristige Gewinne ausgerichtete Finanzsystem, das von wenigen machtvollen Akteuren dominiert wird, steht ökologischer Nachhaltigkeit entgegen und bewirkt eine Umverteilung von unten nach oben. Die enormen Machtungleichheiten in der Finanzwirtschaft müssen abgebaut werden, damit die Finanzlobby sich nicht weiter einer Regulierung im Sinne des Gemeinwohls entgegenstellen kann.

Forderung: Wir fordern die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Trockenlegung von Steueroasen. Investitionen sollen einen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte und zur Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation leisten, anstatt auf Ausbeutung zu beruhen. Dieser Beitrag muss transparent und überprüfbar sein. Statt der aktuellen Finanzwirtschaft brauchen wir lokale Banken, die sich auf ihr Kredit- und Einlagengeschäft konzentrieren und darüber demokratisch geführte, sozial und ökologisch nachhaltige Unternehmungen finanzieren.

### **Wertschätzung statt Ausbeutung – Für nachhaltiges Arbeiten und Tätigsein**

Das auf ressourcenintensive Lohnarbeit fokussierte Arbeitssystem stellt Tätigsein in Abhängigkeit zur fossilen Produktion und befeuert kompensatorischen Konsum[7]. Dabei werden nachhaltige Care-Tätigkeiten (z.B. die Pflege von Angehörigen), die oft von Frauen\* ausgeübt werden, zunehmend marginalisiert.

Forderung: Für einen Umbau der Gesellschaft, der alle mitnimmt, braucht es faire Löhne und stabile soziale Sicherheitssysteme[8]. Dafür wollen wir uns als BUND mit unseren Partner\*innen stark machen. Darüber hinaus wollen wir unseren Beitrag zur Debatte um Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung im Strukturwandel und in der Postwachstumsgesellschaft leisten. Wir fordern, dass Tätigkeiten, die der Sorge um Natur und Menschen dienen, voll anerkannt werden und prekäre Beschäftigungsverhältnisse der Vergangenheit angehören.

## **Wirtschaftslobbies aufdecken – Demokratisierung der Wirtschaft statt Unternehmensmonopole**

Konzerngiganten dominieren heute fast jede Branche und üben mit ihrem Kapital großen Einfluss auf Produktionsbedingungen entlang globaler Lieferketten aus. Ihre Profite beruhen auf der Externalisierung von Umweltkosten und der Missachtung von Menschenrechten. Die Schrumpfung klimaschädlicher Sektoren im Rahmen der Postwachstumsgesellschaft widerspricht der betrieblichen Gewinnlogik – andere, gemeinwohlorientierte und öffentlich getragene Geschäftsmodelle müssen her.

Forderung: Als BUND setzen wir uns für verantwortungsvolle Produktion und regionale Wertschöpfungsketten unter starker betrieblicher Mitbestimmung ein. Wir wollen dazu beitragen, Konzepte tiefgreifender Demokratisierung von Schlüsselbereichen in Industrie und Handel zu erarbeiten. Den Einfluss von Unternehmensmonopolen auf die Verhinderung der sozial-ökologischen Transformation prangern wir öffentlich an.

---

[1] IPCC (2021): Climate Change 2021: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Sixth

Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change.

[2] BDV-Anträge „An die Wurzeln“ (2019) und „Soziale Gerechtigkeit in der ökologischen Transformation“ (2020)

[3] BUND, & Misereor (1996) (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie GmbH. Birkhäuser Verlag, Basel/Boston/Berlin.

[4] DIW (2020). MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen - Konzentration höher als bisher ausgewiesen. DIW Wochenbericht, 87: 511-521.

[5] Oxfam (2020). Confronting Carbon Inequality. Putting Climate Justice at the Heart of the COVID-19 Recovery. London, Oxfam International.

[6] UBA-Projekt „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“ (2015-2019)

[7] Seidl, I., & Zahrt, A. (2019) (Hrsg.). Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft. Marburg, Metropolis.

[8] BUND, & Paritätischer Gesamtverband (2021) (Hrsg.). Eine Zukunftsagenda für die Vielen. Berlin.

## **A06-Ä01 System Change, not Climate Change? Den Postwachstumdiskurs im BUND vorantreiben!**

Antragstellende: LV Thüringen

### **Die Bundesdelegiertenversammlung beschließt:**

die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Bundesvorstands, des Wissenschaftlichen Beirats und der BUNDjugend, die sich systematisch mit der Weiterentwicklung des Postwachstumsverständnisses im BUND, auf Grundlage bisheriger Positionen und Prozesse (z.B. Dialoglabore) auseinandersetzt. Die Interessierten aus den Gremien und dem Gesamtverband sind in geeigneter Weise in den Dialog einzubeziehen. Die Ergebnisse sollen der BDV 2022 in Form eines Thesenpapiers vorgestellt werden.

Die Arbeitsgruppe soll bis zur BDV 2022 folgende Leitfragen diskutieren:

- Wo verortet sich der BUND im Postwachstumdiskurs innerhalb verschiedener gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Strömungen? Was ist unser Verständnis von „Systemkritik“ und welche Rolle spielt sie zur Erreichung unserer politischen Ziele?

- Wie definiert der BUND Treiber gesellschaftlicher Wachstumszwänge? Welche fachlichen Lücken gilt es zu schließen und wie können wir Expertise in den benannten Themenfeldern aufbauen?
- Wie können wir als BUND systemkritische Perspektiven in Politik und Gesellschaft stärken? Was sind politische Hebelpunkte, um unsere Forderungen nach einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Postwachstumsgesellschaft durchzusetzen?
- Wie können wir unsere Sichtweise in der praktischen BUND-Arbeit auf allen Ebenen und Gliederungen sowie insbesondere vor Ort implementieren?

Der Prozess wird hauptamtlich durch eine\*n Fachreferent\*in begleitet.

### **Begründung**

Der BUND ist spätestens seit Erscheinen des ersten „Zukunftsfähigen Deutschlands“ (1996) Vorreiter im Diskurs um eine sozial gerechte und nachhaltige Postwachstumsgesellschaft. Seit 1976 (Tagung „Das unbewältigte Wachstum“ befasst sich der BAK-Wirtschaft&Finanzen mit dem Thema „Postwachstum oder Degrowth“,.. Im Jahr 2011 wurde ein Grundlagenpapier erarbeitet (vgl. [www.bund.net/ueber-uns/organisation/arbeitskreise/wirtschaft-und-finanzen/](http://www.bund.net/ueber-uns/organisation/arbeitskreise/wirtschaft-und-finanzen/)). In 2013 nahm der AK Stellung zum Ergebnis der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Aus dem AK WIFI kommen regelmäßig Beiträge zum Postwachstumsmagazin, vgl. z.B. Kurz, Rudi (2020): Die Dominanz des Wachstumsparadigmas in der Wirtschaftswissenschaft – ungebrochen? <https://www.postwachstum.de/#>

Auch in den jüngsten Beschlüssen BDV 2020 zur „Großen Transformation“ fordert der BUND den Übergang in die Postwachstumsgesellschaft. Was genau der BUND unter Postwachstum versteht, ist bisher nicht hinreichend konkret beschrieben.

Auch im wissenschaftlichen Diskurs werden „die Begriffe „Degrowth“, „Green Growth“, „Postwachstum“, „A-Growth“, „Green Economy“, „Steady State Economy“, meist nicht trennscharf verwendet. Dennoch sind drei Diskursstränge erkennbar, zu denen sich der BUND positionieren sollte. Ferner gibt es aus Sicht des Antragstellers und im wissenschaftlichen Diskurs den falschen Gegensatz von Degrowth und Green Growth. Denn auch die zukünftige Postwachstumsgesellschaft, nach Vorstellungen des BUND-Thüringen e.V., wird für ihren sehr stark reduzierten Energie- und Ressourceneinsatz sowie in allen Produktionsprozessen auf erneuerbare Energieträger setzen müssen, wenn wir der „Selbstverbrennung der Menschheit“ (H.J.Schellenhuber) entgehen wollen!

Wenig thematisiert werden bislang die Konsequenzen einer Postwachstum-Ära, Welche Wohlstandsperspektiven eröffnen sich dann innerhalb der planetaren Grenzen? Welche Veränderungen der Wirtschaftsordnung sind dafür notwendig? Wie nimmt ein Zukunftsfähiges Deutschland seine globale Verantwortung wahr?

Damit sind Kernfragen der BUND-Programmatik angesprochen, die auf der Grundlage dieses Antrags mit Nachdruck bearbeitet werden sollen. Dazu muss sowohl im Bundesvorstand als auch in der Bundesgeschäftsstelle und im WB (insbes. im AK WIFI) mehr Kapazität geschaffen werden.